

Allgemeine kommunale Bürgerbefragungen: kommunale Statistik und Stadtforschung mit einem verbesserten Dienstleistungsangebot

Bick, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bick, W. (1988). Allgemeine kommunale Bürgerbefragungen: kommunale Statistik und Stadtforschung mit einem verbesserten Dienstleistungsangebot. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 22, 96-106. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-204964>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



**Allgemeine kommunale Bürgerbefragungen
Kommunale Statistik und Stadtforschung mit einem verbesserten
Dienstleistungsangebot**

von Wolfgang Bick

1. Befragungsaktivitäten in Kommunen

Umfragen und ihre Ergebnisse bilden im Zeitalter der Demoskopie einen gewichtigen Teil der veröffentlichten Meinung, auf den Entscheidungsträger aus Politik, Planung und Verwaltung für Problemdefinition und Entscheidungsfindung angewiesen sind oder angewiesen zu sein glauben. Es ist selbstverständlich, daß dabei bundesweite Arbeiten stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit dringen. Als Beispiel seien hier genannt: Freizeituntersuchungen, Analysen zum Wertewandel oder auch regelmäßige Berichterstattungen zum politischen Klima oder der Gewichtigkeit von politischen Aufgaben aus der Sicht der Wähler, wie sie z.B. im monatlichen ZDF-Politbarometer angezeigt werden. Über lange Zeit nicht ins öffentliche Bewußtsein gedrungen sind dagegen die vielfältigen Befragungsaktivitäten, die seit vielen Jahren im Wirkungskreis der kommunalen Selbstverwaltung, in Großstädten oder auch kleineren Gemeinden stattgefunden haben.

Ein großer Teil der Umfragen, die von Kommunen selbst durchgeführt, in Auftrag gegeben oder aufgrund ihrer Ergebnisse von kommunalem Interesse sind, werden beim DIFU, dem Deutschen Institut für Urbanistik, in der Datenbank "Kommunale Umfragen" nachgewiesen. Die einzelnen Datensätze werden zwar nicht archiviert; es wird jedoch ein Nachweis geführt, der Ort und Zeit der Umfrage, Zielgruppe, Auswahlverfahren und Methode, behandelte Themenbereiche und Hinweise auf Veröffentlichungen umfaßt. Zu diesem Vorhaben sei an dieser Stelle verwiesen auf die Arbeiten von Michael BRETSCHNEIDER (1985): auf seine Analysen zur Struktur der in die Datenbank aufgenommenen Erhebungsaktivitäten und auf den in loser Folge vom DIFU herausgegebenen Profil- und Kopierdienst "Kommunale Umfragen", der im Herbst 1987 zum 7. Mal erschienen ist und wieder hilfreiche Unterlagen zusammenstellt, so Auszüge aus der Datenbank, einen Beitrag zur Methode des Telefoninterviews und auch wieder Originalfragebogen.



Beeindruckend an dieser Sammlung von kommunalen Umfragen ist die Fülle und Vielfalt der bearbeiteten Sachthemen. Sie zeigen an, in welchem Maße heute auch in Kommunen auf Ergebnisse aus Umfragen zurückgegriffen wird. Hier einige Beispiele - die Liste ist nahezu beliebig verlängerbar -, zitiert aus den Arbeiten der Forschergruppe an der Universität Trier unter Leitung von Bernd HAMM, die sich in den letzten beiden Jahren sehr intensiv mit der Messung städtischer Lebensbedingungen befaßt hat (SIMON, HAMM (1987), vgl. auch SCHAD (1986)).

- Motivuntersuchungen, bei denen die Gründe für den Zuzug, öfter jedoch für den Wegzug bzw. für einen innerstädtischen Umzug erfragt werden,
- Wohnungsuntersuchungen, bei denen sowohl die objektive Wohnungsver-sorgung, Ausstattung und Qualität als auch die subjektive Bewertung der Wohnbedingungen einschließlich des Wohnumfeldes erfaßt werden,
- Vorbereitende Untersuchungen nach StBFG, bei denen sowohl die baulichen und städtebaulichen Gegebenheiten eines Teilgebietes wie auch die soziale Situation der dort lebenden Bevölkerung erhoben werden,
- Betriebsbefragungen, bei denen u.a. Standortbedingungen, Arbeitsplatzangebot, Arbeitsbedingungen, inner- und außerbetriebliche Probleme erfaßt werden,
- Statistische Analysen und Befragungen zur Versorgung städtischer Teilgebiete mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, z.B. Kindergärten, Spielplätze, Grundschulen, weiterführende Schulen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen, Gesundheits- und Alteneinrichtungen etc.
- Imageuntersuchungen, bei denen die Attraktivität einer Stadt bzw. von Stadtteilen im Urteil ihrer Bewohner bzw. Benutzer ermittelt wird.

Nur ein kleiner Teil dieser in Kommunen laufenden Erhebungstätigkeiten wird von den kommunalen statistischen Ämtern in Auftrag gegeben oder betreut, und nur ein kleiner Teil wird als Eigenerhebung der kommunalen statistischen Ämter selbst durchgeführt. Die unterschiedlichsten Stellen und Institutionen sind bei den Datenerhebungen am Werk: private Meinungsforschungsinstitute, Universitätsstellen, verschiedenste kommunale Ämter, so Fachämter oder die Stadtentwicklung oder Stadtplanung. Es ist in den meisten Städten, auch in den Großstädten, bislang nicht gelungen, das Instrument der kommunalen Umfrage - und die sich mittels dieser Methode quasi automatisch erschließenden neuen Fragestellungen und Untersuchungsfelder - als ein Dienstleistungsangebot des kommunalen statistischen Amtes zu etablieren. Die Folgen für die Stellung des Amtes, für seine Einbindung in die kommunalen Entscheidungs-



prozesse, für seine Möglichkeit, diverse Daten- und Analysewünsche service-orientiert und kundennah beantworten zu können, liegen auf der Hand. Die Gründe für diese noch vielerorts bestehenden Defizite an Eigenerhebungen sollen hier nicht weiter verfolgt werden.

2. Ansprüche an das Dienstleistungsangebot Umfragen

Ein erster wichtiger Anspruch an den Einsatz von kommunalen Umfragen ist die "Geschwindigkeit", mit der Kommunalstatistik und Stadtforschung auf Anfragen und Analysewünsche reagieren können. Meist verweilt die kommunalpolitische Diskussion, auch bei Grundsatzfragen, nur kurze Zeit bei einer aufgetretenen Problemstellung. Bei mündlichen Interviews vergehen oft viele Wochen, bis die ersten Ergebnisse vorliegen, viel zu spät für die geforderte Beratung oder Entscheidungshilfe. In der schnellen Präsentation liegt auch eine der Stärken EDV-unterstützter Telefoninterviews. Wird aber mit mündlichen Interviews gearbeitet und kann damit z.B. auch auf komplexere Fragevorgaben zurückgegriffen werden, so muß die mögliche Nachfrage antizipierend abgeschätzt und müssen die Informationen jederzeit abrufbar auf Vorrat gespeichert werden.

Ein zweiter Anspruch an das Dienstleistungsangebot "Kommunale Umfragen" betrifft die Aussagefähigkeit des erhobenen Materials. Die Aussagefähigkeit von Daten wächst für viele Anwendungen mit der Möglichkeit, Vergleiche zu ziehen, sei es zu verschiedenen Zeitpunkten, sei es mit anderen Städten oder Regionen. Erst die Wiederholung einer Frage zu einem späteren Zeitpunkt erlaubt es, Konstanz oder Wandel in der eigenen Kommune aufzuzeigen. Erst der Stadt- oder Regionalvergleich erlaubt es, die Spezifika, das Besondere der eigenen Kommune herauszuarbeiten, festzustellen, ob der Stadttrend der allgemein beobachtbaren Entwicklungslinie folgt oder ob er einen abweichenden Verlauf nimmt. Vergleiche sind aber nur möglich, wenn insbesondere mit übereinstimmenden Konzepten und Fragestellungen gearbeitet wird.

So beeindruckend der Umfang und die Vielfalt von Umfrageaktivitäten sind - so wie sie z.B. in der DIFU-Datenbank nachgewiesen werden -, so spiegelt dieses Material doch keine leistungsfähige Datengewinnung, -aufbereitung und Datenanalyse wider. Im Gegenteil: Große Teile der Erhebungsaktivitäten weisen Schwächen und Mängel auf. Es handelt sich weitestgehend um Ad-hoc-Befragungen, zu verschiedensten Zeitpunkten, an verschiedenem Ort, mit jeweils einzigartigen Fragekomplexen und -formulierungen. Gleiche Sachverhalte wer-



den nicht in gleicher, sondern nur in ähnlicher Weise erhoben, und damit eben nicht vergleichbar erhoben. Es fehlen Dokumentationen, die Hintergrundinformationen bereitstellen. Und es steht zu vermuten, daß in vielen Fällen die Ergebnisse viel zu spät fertiggestellt waren und so häufig nur legitimatorischen Charakter für bereits getroffene Entscheidungen oder bereits vorentschiedene Vorgänge haben konnten.

3. Ein neuer Ansatz: Die allgemeine kommunale Bürgerbefragung

Es finden sich aber auch - und in den letzten Jahren verstärkt - in einigen Großstädten vielversprechende Ansätze, die die kommunale Statistik und Stadtforschung mit dem Instrument der allgemeinen kommunalen Bürgerbefragung auf eine verbesserte Grundlage stellen. Befragungen werden nicht ad-hoc und auf einen Zweck hin konzipiert, sondern als Mehrthemenbefragungen durchgeführt, die regelmäßig, häufig jährlich, stattfinden, mit einem gleichbleibenden Fragebogenteil, der Zeitvergleiche in der Stadt ermöglichen soll, und einem flexiblen Teil, der jeweils aktuellen Erfordernissen Rechnung trägt. Wie in der empirischen Sozialforschung üblich, werden auf der Basis repräsentativer Stichproben rund 1 000 bis 2 000 Bürger, 18 Jahre oder älter befragt. Die Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig.

Sechs Großstädte in der Bundesrepublik können bislang auf Erfahrungen mit allgemeinen kommunalen Bürgerbefragungen zurückgreifen (Übersicht, vgl. auch Stadt Duisburg 1986):

Übersicht: Allgemeine kommunale Bürgerbefragungen in Großstädten

Stadt	Amt/Stelle	Erhebungszeitpunkt	Verfahren
Nürnberg	Amt für Stadtforschung und Statistik	1972/1974/1977/1980	M, E
Hannover	Referat für Stadtentwicklung	1977/1981/1985	M, I
Duisburg	Amt für Statistik und Stadtforschung	jährlich seit 1981	M, E
Köln	Statistisches Amt	1986/1987	M, E
Wuppertal	Amt für Statistik, Stadtentwicklung und Umweltschutz	1986/1987	M, E
Krefeld	Amt für Statistik und Stadtentwicklung	1985/1986	T, I

M = mündlich T = telefonisch E = eigene Feldarbeit

I = Feldarbeit durch Institut



Einzig in Köln und Duisburg taucht die Kennung "Stadtentwicklung" nicht auf; hier laufen die Erhebungen unter den Stichworten "Stadtforschung" und "Notwendigkeit der Aufbesserung des Datenangebots, das das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik und der Verwaltungsvollzug" liefert. Der unterschiedliche organisatorische Kontext, in dem regelmäßige und systematische Bürgerbefragungen etabliert werden konnten, zeigt, daß es keinen einzigen Weg für eine erfolgreiche Einführung dieses Instruments gibt, sondern die spezifischen lokalen Gegebenheiten vor Ort einen jeweils spezifischen Weg erforderlich gemacht haben.

In allen sechs Beispielen werden keine Daten für eine traditionelle, an kleinst-räumigem Bezug orientierte Stadtplanung geliefert. Der Stichprobenumfang ist hierzu zu gering. Die sechs Beispiele machen aber auch deutlich, daß Stadtforschung und eine empirisch, sozialwissenschaftlich orientierte Stadtentwicklung zwar verschiedene Arbeitsprogramme abarbeiten und unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen mögen, sich in der zugrunde liegenden Datenbasis aber auch viele Überlappungen zeigen.

Diese Nähe von Stadtforschung und Stadtentwicklung mag auch auf die von Dieter SAUBERZWEIG (1985) erkannten "Anzeichen für einen neuen Orientierungsbedarf bei Verwaltungschefs, Fachplanern und Mandatsträgern" zurückzuführen sein, "die weniger nach Spezialwissen und Detailinformationen als vielmehr nach einer "Gesamtschau" wahrscheinlicher, möglicher oder wünschbarer Tendenzen der Stadtentwicklung fragen". Gerade dieser Gesamtschau sind die aus der Stadtforschung kommenden Ansätze verpflichtet. Sie versuchen nicht in erster Linie Defizite in wenigen ausgewählten Bereichen sehr genau aufzuspüren oder Einstellungen zu sehr konkreten Maßnahmen und Planungen zu erfassen, sondern nutzen die räumliche Nähe zum Beobachtungsgegenstand, um städtische Lebensbereiche Sektoren- und bereichsübergreifend - in einer Gesamtschau - zu untersuchen.

4. Fragestellungen und Themen

Die wichtigsten Fragestellungen und Themen, die in den allgemeinen kommunalen Bürgerbefragungen aufgegriffen werden, sind die Einstellungen und Einschätzungen der Bürger, die auf die Stadt insgesamt und auf die spezifischen städtischen Lebensbedingungen Bezug nehmen. Hierunter zählen die Wahrnehmungen der Bürger, ihre Prioritäten und Bewertungen, ihre Ansprüche, ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der städtischen Infrastruktur und mit



den einzelnen Lebensbereichen, z.B. der Wohnsituation, dem Wohnumfeld, den Umweltbedingungen, der Gesundheitsversorgung, den Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Die Befragungen bieten die Möglichkeit, "Komponenten der Lebensqualität sowie das Ausmaß an individueller Wohlfahrt aus Bürgersicht - im kommunalen Kontext - festzustellen. Damit wird gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß der derart formulierte Befragungsansatz nicht die Anbieterseite kommunaler (Dienst)-Leistungen beobachtet und die entsprechende objektive Angebotsituation beschreibt - was in der Regel durch amtliche Zählungen bzw. Vollzugsstatistiken geschieht -, sondern daß in erster Linie die Einstellungen und Erwartungen untersucht und dargestellt werden, die auf der Nachfragerseite vorliegen, also vom Bürger zum Ausdruck gebracht werden" (CHRISTMANN (1987)).

Die Regelmäßigkeit der Befragungen macht es möglich, die Wechselwirkungen zwischen den objektiv vorfindbaren Lebensbedingungen und der subjektiv empfundenen Zufriedenheit zu untersuchen. Was sagen eigentlich sogenannte harte, nach sogenannten objektiven Kriterien gemessene Zeitreihen aus, die eine verbesserte Versorgung anzeigen, wenn das Urteil der Bürger im gleichen Zeitraum negativer wird? So kann die Wohnfläche pro Einwohner, ein harter objektiver Indikator für die Qualität der Wohnungsversorgung, zunehmen, aber gleichzeitig negativer beurteilt werden, z.B. dann, wenn die Ansprüche der Bürger schneller ansteigen. Oder an Meßstellen werden mit aufwendigen technischen Apparaturen Rückgänge der Luftverschmutzung gemessen, im Urteil der Bürger nimmt die Luftverschmutzung jedoch zu. Welche der beiden Messungen ist hier eigentlich relevanter: die sogenannte harte oder die ja nur vermeintlich weiche Information?

Für Orientierungs- und Entscheidungshilfen in der kommunalen Politik und Planung sind auch Informationen zur subjektiven Bewertung der kommunalen infrastrukturellen Angebote und Leistungen erforderlich. Denn letztlich - so Karl-Heinz SIMON (1987) von der bereits zitierten Trierer Forschergruppe - sind "die individuellen Zufriedenheiten oder andere Dimensionen individueller Bewertung für die Erfassung von Lebensbedingungen und Lebensqualität ausschlaggebend und die objektiven statistischen Daten insoweit zu relativieren".



5. Notwendigkeit der Vermischung von Datentypen:

Objektive und subjektive Indikatoren

Folgerichtig vergrößert sich der Aussagewert des in den Befragungen erhobenen Materials bzw. er erschließt sich häufig erst, wenn es mit anderen Datenquellen, sei es aus dem Verwaltungsvollzug oder der amtlichen Statistik, verknüpft oder konfrontiert wird. Das Plädoyer für regelmäßige und systematische Bürgerbefragungen ist daher kein Plädoyer für eine vermeintlich modernere Methode der Datengewinnung. Zwar können in den Befragungen selbst bereits einige objektive Indikatoren, z.B. zur Wohnsituation oder zur Ausstattung des Wohnviertels und auch wichtige Verhaltensdaten, wie der Besuch städtischer Einrichtungen oder die Inanspruchnahme von Leistungen, abgerufen werden. Wichtige andere objektive Indikatoren müssen, ja können sogar nur unabhängig vom wahrnehmenden und bewertenden Subjekt erfaßt werden. Aus dem Plädoyer für die allgemeine kommunale Bevölkerungsbefragung mit ihrem zentralen Bestandteil, den Bewertungen städtischer Lebensbedingungen durch die Bürgerschaft, folgt daher die Forderung, gesellschaftliche Realität und ihren Wandel komplexer - aus verschiedenen Perspektiven mit verschiedenen Datentypen, mit einer Mischung von Einstellungs- und Verhaltensdaten, von Struktur- und Organisationsdaten - zu beschreiben und zu analysieren. Der durch Befragungen gewonnene Blick der Bürger - quasi von unten auf die städtischen Angebote und kommunalen Lebensbedingungen - verbessert so die Informationsgrundlagen für eine bürgernahe Politik und Planung.

Mit dieser Forderung, die bisherige Datenbasis der Kommunalstatistik systematisch auszuweiten, wird ein Ansatz verfolgt, der bereits - und dies mag viele überraschen - vom Statistischen Bundesamt selbst als richtiger Weg erkannt worden ist. Der vom Bundesamt 1985 zum zweiten Mal herausgegebene "Datenreport - Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland" nimmt neben einem ersten auf der amtlichen Statistik basierenden Teil einen zweiten Abschnitt auf, der überschrieben ist mit dem Titel: "Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden" und vom Sonderforschungsbereich 3 der Universität Frankfurt und Mannheim auf Basis der Wohlfahrtssurveys verfaßt wurde. Im Vorwort begrüßt Egon HOLDER, als Mitunterzeichner, "daß damit eine Brücke geschlagen wird zwischen den Zahlen und Fakten aus der amtlichen Statistik und den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft über subjektive Tatbestände, also Meinungen, Bewertungen und Vorstellungen, die außerhalb des Erhebungsprogramms amtlicher Umfragen liegen. Dies ist ein wichtiger Schritt zu einer umfassenden Darstellung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen



Situation in der Bundesrepublik Deutschland in Form einer "Sozialberichterstattung", die beide Aspekte in sich vereinigt". Und Walter MÜLLER, von Seiten der empirischen Sozialforschung, schließt seine Einführung zu dem Band mit: "Die gemeinsame Publikation der beiden Teile dieses Bandes belegt eindrücklich, daß früher vielleicht einmal vorhandene Scheuklappen und Berührungängste von amtlicher Statistik und empirischer Sozialforschung abgelegt sind. Der damit verbundene Gewinn reicht weit über den wechselseitigen Nutzen hinaus, den beide Parteien daraus ziehen".

6. Gewachsene Kommunikationsnetze und erhöhte Vergleichbarkeit

Daß dies auch in den Kommunen in den letzten Jahren erkannt worden ist, belegen die oben genannten Beispiele. Und die Erfahrungen mit allgemeinen kommunalen Bürgerbefragungen sind durchweg positiv. Die Beteiligung an den Umfragen ist sehr hoch, sicherlich auch eine Folge davon, daß sich die Fragen nicht auf die Erfassung von objektiven statistischen Informationen beschränken, sondern daß dem Bürger die Möglichkeit gegeben wird, seine Meinung zu den Lebensbedingungen zu sagen und auch Kritik vorzutragen.

Vieles spricht dafür, daß die bestehenden Ansätze erfolgreich fortgeführt werden können und sich der Kreis der Städte erweitern wird, der dieses Instrument einsetzt. Diese Einschätzung beruht insbesondere darauf, daß in den letzten Jahren die Kommunikationsnetze zwischen den Stadtforschern und Stadtentwicklern, die in den Städten an diesen Projekten arbeiten, den Sozialwissenschaftlern im universitären Bereich und dem Arbeitsbereich Subjektive Indikatoren für die laufende Raumbewertung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung stark ausgebaut werden konnten:

* Neuer Schwerpunkt des Ausschusses Stadtforschung

Seit Ende 1985 befaßt sich der Ausschuß Stadtforschung des Verbands Deutscher Städtestatistiker intensiv mit kommunalen Bürgerbefragungen. Bereits im Frühjahr 1986 wurde ein Fragenkatalog vorgelegt, der Orientierungshilfe geben und durch Standardisierung der Instrumente die Vergleichbarkeit der Daten bzw. Analysen erhöhen helfen sollte (vgl. VDSSt (1986) und Abdruck des Katalogs in Stadt Duisburg (1986)). Inzwischen sind viele dieser Fragen in kommunalen Umfragen wiederholt gestellt worden.



* Zusammenarbeit mit der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Bf LR)

Der Fragenkatalog der Städtestatistiker ist auch in enger Zusammenarbeit mit der BfLR entwickelt worden. Nach 1986 und 1987 wird die BfLR auch in diesem Jahr eine bundesweite Befragung mit großen Teilen des Fragenkatalogs durchführen und so den Städten Vergleichsdaten für das Bundesgebiet sowie für Stadt-/Regionstypen zur Verfügung stellen können.

* Interdisziplinäre Konferenzen

Im Rahmen zweier von der Werner-Reimers-Stiftung geförderter, interdisziplinär besetzter Konferenzen, an denen u.a. Kommunalstatistiker, an Universitäten arbeitende Stadt- und Regionalforscher, Mitarbeiter der sozialwissenschaftlichen Infrastruktureinrichtungen (ZA, ZUMA) und der BfLR teilnahmen, wurden die Themenbereiche kommunale Umfragen und Regionalisierung bundesweiter Befragungen intensiv behandelt.

Die so gewonnenen Kommunikationsnetze und Querverbindungen - auch über Disziplinen hinweg - können der kommunalen Stadtforschung wichtige Impulse geben für Fallstudien oder für den Städtevergleich. Die bundesweiten Befragungen der BfLR, ihr mit den Städten abgestimmter Fragebogen und die räumlich flexiblen Aufbereitungen führen bereits heute dazu, daß sich auf jeden Fall eine Stadt mit jeweils auf sie zugeschnittenen Stadt- und Regionstypen vergleichen kann. Eine Stadt, die Teile des hier entwickelten Fragenkatalogs übernimmt, bekommt somit quasi kostenlos Vergleichsmaterial mitgeliefert. Hilfreich sind hierbei auch die Arbeiten von Jürgen FRIEDRICHS, der durch Umfragen in den 12 Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern vergleichbare subjektive Indikatoren zur Lebensqualität erhoben und zusammengestellt hat (BUNTE-Städtetest (1988) und BICK (1988)).

Andere bundesweite Befragungen, wie die regelmäßig stattfindenden Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften (ALLBUS) oder die Wohlfahrtssurveys werden wohl auch für Regionalvergleiche in Zukunft besser nutzbar sein. Es steht hier zu erwarten, daß in den zukünftigen Befragungen Informationen zum Verhältnis des Einzelnen zu seinem unmittelbaren Lebensraum bzw. seiner Gemeinde stärkere Berücksichtigung finden und daß bessere Möglichkeiten für die Regionalisierung des bundesweit erhobenen Materials bereitgestellt werden.



7. Perspektive: Vorhandene Ansätze nutzen und weiterentwickeln

Mit der Durchführung eigener Befragungen und der Nutzung überregionalen Vergleichsmaterials können Städtestatistik und Stadtforschung ihr Dienstleistungsangebot verbessern.

Die Repräsentativität des erhobenen Materials sichert, daß alle sozialen Gruppen entsprechend ihrer Stärke zu Wort kommen, sich also nicht die aktivsten Gruppierungen am stärksten Gehör verschaffen können, daß der kommunalen Politik, Verwaltung und Planung repräsentative Bestandsaufnahmen und Analysen vorgelegt werden.

Aufgrund der Regelmäßigkeit der Umfragen können Städtestatistik und Stadtforschung durch den Zeitvergleich Konstanz oder Wandel deutlich machen. Verbesserte Fallstudien für einzelne Städte sind dadurch möglich. Durch den Städte- und Regionalvergleich können - besser als bisher - eigene Besonderheiten herausgearbeitet werden.

Und schließlich besteht auch die Möglichkeit, Anschluß zu finden an die bundesweit etablierte Sozialberichterstattung. Hierfür ist es nicht entscheidend, in wievielen Städten oder Regionen allgemeine kommunale Bürgerbefragungen stattfinden. Es kommt vielmehr darauf an, in die "Stadt-Stichprobe" Städte unterschiedlichen Typs - z.B. nach ihren Entwicklungschancen, ihrer sozialstrukturellen Basis - aufnehmen zu können. Gelingt hier eine genügende Vielfalt, so kann durch Fallstudien ein Beitrag zur regionalen Vertiefung, zur Differenzierung und Ergänzung der bisherigen bundesweit angelegten Sozialberichterstattung geleistet werden.

Literatur:

BICK, W. (1988): Die Duisburger: Kritisch, aber mit Herz. Anmerkungen zum 1. Platz im BUNTE-Städtetest 1987, Statistischer Monatsbericht 5/87.

BRETSCHNEIDER, M. (1985): Umfragen in der Kommunalstatistik. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5, S. 367-377.

BUNTE-Städtetest 1987 (1988), München.

CHRISTMANN, A. (1987): Kommunaler Mikrozensus in Köln, Referat gehalten anlässlich der 2. Planungstagung der Studiengruppe "Regionalisierte Umfrageforschung" in der Werner-Reimers-Stiftung, Bad Homburg 19./20.1.1987.



SAUBERZWEIG, D. (1985): Wege zu einer informierten Stadtentwicklungspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden.

In: Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) (Hrsg.), Neue Perspektiven der urbanen Entwicklung, Aufgaben von Stadtforschung und Statistik, Vorträge anlässlich der Hauptversammlung des VDSt, Statistische Woche 1985, Bonn.

SCHAD, H. (1986): Forschungsstand 3: Kommunale Umfragen in der BRD, Arbeitspapier Nr. 10.5 des Forschungsprojektes: Messung städtischer Lebensbedingungen im internationalen Vergleich, Trier.

SIMON, K.-H. (1987): Untersuchungskonzept, Arbeitspapier 10.6, Trier.

SIMON, K.-H.; Hamm, B. (1987): Daten und Methoden, Arbeitspapier Nr. 10.7, Trier.

STADT DUISBURG (Hrsg.) (1986): Duisburger Handbuch gesellschaftlicher Daten 1986. Bürgerbefragungen im Stadt- und Regionalvergleich, Reihe: Daten + Information, Heft 19, Amt für Statistik und Stadtforschung, Duisburg.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (1985): Datenreport 1985, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

VERBAND DEUTSCHER STÄDTESTATISTIKER (VDSt), Ausschuß Stadtforschung (1986): Kommunale Bürgerbefragungen - Auf dem Weg zum Stadt- und Regionalvergleich, o.O.

Dr. Wolfgang Bick
Stv. Leiter des Amtes für Statistik und Stadtforschung der Stadt Duisburg
Bismarckstr. 150 - 158
4100 Duisburg 1